

BITMi Stellungnahme zur Digitalstrategie NRW

Der Bundesverband IT-Mittelstand e.V. (BITMi) vertritt die Interessen von über 2.000 IT-Unternehmen auf nationaler und europäischer Ebene und ist damit der größte IT-Fachverband für ausschließlich mittelständische Interessen in Deutschland.

Der BITMi ist neben seinem Engagement in Berlin und Brüssel auch in NRW aktiv. Der Vorstand ist im Beirat Digitale Wirtschaft NRW vertreten und berät die Landesregierung bei der Umsetzung ihrer Agenda für die digitale Wirtschaft. Als beim Deutschen Bundestag akkreditierter Verband, setzt sich der BITMi offen, transparent und fair für die Interessen des IT-Mittelstands in Deutschland ein.

Nordrhein-Westfalen kommt als bevölkerungsreichstes Bundesland mit seiner vielfältigen Wirtschaft und Hochschullandschaft eine wichtige Rolle bei der Digitalisierung Deutschlands zu. Als Bundesland mit dicht besiedelten Metropolen sowie ländlichem Raum, mit industriegeprägter Wirtschaft und doch starkem Dienstleistungssektor, ist NRW ein Land der scheinbaren Gegensätze, die es mit einer erfolgreichen Digitalisierung als seine Stärken nutzen kann.

Mit seiner Digitalstrategie, die auf Teilhabe ausgerichtet ist, hat die Landesregierung einen wichtigen Anstoß gegeben, die Bevölkerung NRW bei der prägenden Entwicklung unserer Zeit mitzunehmen. Denn eine erfolgreiche Digitalisierung kann nur funktionieren, wenn sie von der Gesellschaft getragen wird.

In der Digitalstrategie NRW greift die Landesregierung wichtige Themen auf, an entscheidenden Stellen allerdings fehlen konkrete Maßnahmen. Angelehnt an die Digitalstrategie konzentriert sich der BITMi mit seinen Forderungen auf die folgenden 6 Bereiche:

BITMi Forderungen in den Bereichen

1. Wirtschaft
2. Bildung
3. Vernetzte Mobilität
4. Digitale Verwaltung
5. Breitbandausbau
6. Datenrecht

Um NRW fit für die digitale Zukunft zu machen brauchen wir Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, die ein lebendiges digitales Ökosystem ermöglichen.

Um die Fachkräfte von morgen zu gewinnen und den aktuellen Fachkräftemangel zu bekämpfen, brauchen wir ein flexibles Bildungssystem, welches digitale Fähigkeiten ein ganzes Leben lang fördert. Sowohl Bürger als auch Unternehmen profitieren von einer Verwaltung, die Digitalisierung konsequent umsetzt und sich als Dienstleister der Menschen versteht. Mit der Digitalisierung entstehen immer neue digitale Daten, die angemessen geschützt werden müssen. Dabei dürfen nicht die Chancen übersehen werden, die diese Daten bieten. Ein ausgeglichenes Datenrecht muss dafür sorgen, dass diese Potenziale auch genutzt werden können.

1. Wirtschaft

Wie bisher möchte das Land NRW auch in Zukunft die Wirtschaft mit verschiedenen Initiativen, Kompetenzzentren und Digital Hubs fördern. Doch die Förderung bestehender Einrichtungen reicht nicht aus, vor allem da viele der Hubs und Kompetenzzentren ihren Fokus zu sehr auf den Startups und der Gründungsphase haben.

Stattdessen brauchen wir für die NRW Wirtschaft einen transdisziplinären Ansatz, der die gesamte Wirtschaft befähigt, neue digitale Geschäftsmodelle zu entwickeln und einzuführen. Dabei müssen

Bildung, Gründung und Wachstum zusammen gedacht werden und identische Angebote für Startups wie etablierte Unternehmen zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle aufgesetzt werden. Hochschulen und andere Bildungsanbieter müssen sich vernetzen mit Startups und Mittelständlern, um ein bedarfsorientiertes Angebot machen zu können. Gründungen müssen nicht nur im organisatorischen Ablauf unterstützt werden, sondern bereits ab der ersten Idee vorangetrieben werden. Daneben müssen Gründer und etablierte Mittelständler bei der (Weiter)Entwicklung neuer digitaler Geschäftsmodelle unterstützt werden, um innovativ in die Zukunft zu starten und ihr Wachstum zu sichern. Nur mit dem Zusammenspiel unterschiedlicher Disziplinen und Organisationen können wir den Fachkräftemangel bekämpfen, Innovationen fördern und digitale Transformation voranbringen.

Einen solchen Vorschlag hat der BITMi unter dem Titel „New Business Factory“ bereits gemeinsam mit dem digitalHUB Aachen e.V. sowie der RWTH Aachen und der FH Aachen mit erarbeitet und der Landesregierung vorgestellt. In ihrem Koalitionsvertrag geht die NRW Regierung mit dem Vorschlag der Modernisierungsoffensive „Neue Geschäftsmodelle“ bereits in die richtige Richtung. Dies sollte in die Digitalstrategie aufgenommen und mit einem transdisziplinären Ansatz verbunden werden.

Darüber hinaus können neue Technologien wie Blockchain und damit verbunden Kryptowährung genutzt werden, um Unternehmern die Finanzierung zu erleichtern. Mit einer Sonderwirtschaftszone für ICOs¹ könnte man die Aufmerksamkeit neuer Wagniskapitalgeber auf NRW lenken. In dieser Sonderwirtschaftszone würden neue Regulierungen und vereinfachte Informationspflichten gelten. Im Verlauf der Zeit können die Regulierungen entsprechend der Erfahrungen angepasst werden. So würde die Möglichkeit einer Experimentierzone geschaffen, in der flexibel agiert werden kann, bevor diese Regeln in einen bundesweiten rechtlichen Rahmen für ICOs festgelegt werden.

¹ Die Bezeichnung Initial Coin Offering, kurz ICO, meint ein Angebot, bei welchem die Kunden für reales Geld einen zunächst virtuellen Gegenwert, auch Token genannt,

Weiterhin sollte die Landesregierung NRW sich für die Einführung der Digital-Abschreibung einsetzen: Nicht ausgeschüttete, thesaurierte Gewinne von mittelständischen Unternehmen, die in Digitalmaßnahmen reinvestiert werden, sollten bis zu einer Obergrenze von 100.000 € von der Steuer als Sofortabschreibung freigestellt werden. Mit dieser Sofortabschreibungsmaßnahme können Investitionen in Digitalisierung massiv in Gang gesetzt werden.

BITMi Forderungen Wirtschaft

1. Förderung transdisziplinärer Ansätze für eine Modernisierungsoffensive „Neue Geschäftsmodelle“ der Wirtschaft wie New Business Factory
2. Sonderwirtschaftszone für ICOs
3. Einsatz für Digitalabschreibungen

2. Bildung

Digitale Kompetenzen sind heute für eine aktive Teilhabe an unserer Gesellschaft unverzichtbar. Deshalb sollte nach Empfehlung des BITMi schon in der Grundschule ab dem dritten Schuljahr das Fach „Digitalkunde“ eingeführt werden. Kinder sollten früh lernen, das Digitale aktiv zu gestalten statt nur passiv anzuwenden. Ein grundlegendes Verständnis für Programmiersprachen und digitale Technologien gehört hierzu ebenso zu den relevanten Inhalten, wie die Sensibilisierung für den Umgang mit persönlichen Daten. In dieser frühen Phase liegt auch eine große Chance, den Mädchenanteil in fortfolgenden MINT Fächern signifikant zu erhöhen, da „Gender Stereotypes“ bereits im Alter von 5-7 Jahren geprägt werden. Weiterhin sollte der aktuelle Wechsel von G8 auf G9 genutzt werden, um Informatik auf den Stundenplan eines jeden Schülers zu setzen.

Darüber hinaus sollte die Lehre an Schulen und Hochschulen fächerübergreifend digitalisiert werden. Hier muss eine Veränderung vollzogen werden, die über den bloßen Einsatz digitaler Medien hinaus geht. Statt bestehende Konzepte mit digitaler Technik anzureichern, sollte die Lehre grundlegend den neuen digitalen Möglichkeiten angepasst werden. Dazu gehört die Umsetzung neuer Konzepte wie Flip

erhalten. Bei Token handelt es sich dabei um eine virtuelle Währung oder auch Kryptowährungen wie Bitcoin oder Ether. (Quelle: www.gruenderszene.de)

Teaching, in der die Stoffvermittlung und Übungsarbeiten insofern vertauscht werden, dass Lerninhalte zu Hause mit digitaler Unterstützung von den Schülern bzw. Studenten erarbeitet werden und die Anwendung sowie Übungsarbeiten in der Schule bzw. Universität stattfindet. Seit fast zehn Jahren gibt es Studien sowie erfolgreiche Modellversuche und Gründungen auf dieser Basis (vgl. de.Udacity.com), nunmehr muss eine Strategie zum Wechsel in grundlegend andere, innovative Lehrkonzepte konkret umgesetzt werden. Zur Digitalisierung der Lehre gehören aber auch eine Individualisierung der Lehre, bspw. mit Aufgaben und Tests, die sich Stärken und Schwächen der Kinder individuell anpassen.

Um den Fachkräftemangel schon heute offensiv anzugehen, muss das Bildungssystem durchlässiger werden. Dazu müssen (Berufs)Abschlüsse, wie etablierte Fachausbildungen der IT-Berufe als relevante Praxiserfahrung, in einer hochschulischen Ausbildung anerkannt werden, um Anreize für ein noch höheres Qualifikationsniveau in Deutschland zu schaffen. Nur mit einer solchen Barrierefreiheit in der Bildung können wir den dynamischen Anforderungen an Kompetenzen in einer digitalisierten Welt erfolgreich begegnen.

Neben der Vermittlung von Kompetenzen sollte auch der digitale Gründergeist in NRW gefördert werden. Dazu sollten Lehrstühle für „Digital Entrepreneurship“ eingerichtet werden, bspw. an Hochschulen mit BWL und Informatik oder Wirtschaftsinformatik. Alle Lehrstühle gemeinsam könnten als „NRW Digital Campus“ landesweit virtuell vernetzt werden. So wird einerseits eine spezielle Gründerausbildung gefördert und andererseits der Fokus auf die zukunftsweisenden digitalen Geschäftsmodelle gelegt.

BITMi Forderungen Bildung

1. Digitalkunde als eigenständiges Unterrichtsfach ab der Grundschule
2. Lehre grundlegend digitalisieren nach Konzepten wie Flip Teaching
3. Barrierefreiheit in der Bildung
4. Lehrstühle für „Digital Entrepreneurship“ einrichten

3. Vernetzte Mobilität

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, das Land zu sein, in dem die digitale und vernetzte Mobilität erforscht, entwickelt, produziert und frühzeitig angewendet wird.

Dieses Ziel unterstützt der BITMi, hierzu müssen wir offen aber mehr über die Chancen diskutieren als über die Risiken. Auch der Airbag tötet jedes Jahr eine Handvoll Menschen. Da er aber viel mehr Leben rettet, wird dies nicht diskutiert. Anders verhält es sich mit Technologien rund um das autonome Fahren. Machen statt Diskutieren ist angesagt, um die Wohlstandsbringer-Branche Automobil zu erhalten oder neu zu gestalten. Gerade in NRW (bspw. Aachen) haben wir hier viel Potential.

Wie für die Straße gilt es, auch im urbanen Luftraum Möglichkeiten zu schaffen, Mobilität neu zu denken und Testfelder zu etablieren. Schon heute erhalten wir in NRW Aufmerksamkeit weltweit, die es gilt zu nutzen und damit dauerhaft Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in diesen Zukunftsmärkten zu schaffen.

BITMi Forderungen Vernetzte Mobilität

1. Chancenorientierte Diskussion zur vernetzten Mobilität von morgen
2. Etablierung von Testfeldern für den urbanen Luftraum neben Testfeldern auf der Straße

4. Digitale Verwaltung

In ihrer Digitalstrategie gibt die Landesregierung das Ziel vor, sich bis 2025 zu digitalisieren. Mit Modellkommunen und Vorschlägen wie dem Dokumenten-Safe für Bürger hat sie sich schon auf den Weg begeben. Dabei ist aber wichtig, dass hier eine konsequente Entwicklung zum E-Government verfolgt wird. Das bedeutet aber nicht, dass nur bestehende Prozesse digitalisiert werden, sondern eine echte Veränderung der Prozesse hin zum Digitalen stattfindet. So reicht es nicht aus, eine nach außen digitalisierte Gewerbeanmeldung intern als eMail weiterzuverarbeiten oder es ist nicht zielführend, Antragsverfahren zu digitalisieren, die eigentlich bei einer vollständigen Digitalisierung obsolet werden (bspw. Beantragung neuer Ausweispapiere muss ersatzlos entfallen, die Behörden kennen das Ablaufdatum und müssen

ihrem Bürger neue Ausweispapiere proaktiv und rechtzeitig anbieten).

E-Government digitalisiert nicht nur die Verwaltung intern, sondern auch die Interaktion mit den Bürgern. One-Stop-Government soll es ermöglichen, die Interaktion eines Bürgers mit allen staatlichen Behörden über ein Portal abzuwickeln. Darüber hinaus sollten die Daten der Bürger verpflichtend ab 2022 nur noch ein einziges Mal bei ihnen abgefragt werden („Once Only“ Prinzip) und danach über eine Austauschplattform allen Behörden zur Verfügung stehen. Als Vorbild kann hier Estland mit seinem wegweisenden E-Government dienen, wo 99% aller Leistungen der Verwaltung als E-Service zur Verfügung stehen.

Das noch für dieses Jahr geplante Open Data Gesetz, mit dem die Landesregierung Daten kostenlos zur Verfügung stellen möchte, ist ein guter Ansatz. Es muss aber sichergestellt werden, dass alle Daten im gleichen Format verfügbar sind und damit auch von jedem genutzt werden können und hierauf auch neue Gründungen aufgebaut werden können. Der BITMi empfiehlt daher, klare und offene Schnittstellen wie OParl (ein Open Source Standard für Ratsinformationssysteme) vorzuschreiben.

Der Bürger muss im Vordergrund eines jeden Engagements in Richtung digitale Verwaltung sein. Digitale Services müssen kundenzentriert gestaltet werden, d.h. immer auf den Nutzen des Bürgers optimiert. So sollte jedes E-Government-Angebot grundsätzlich leicht verständlich, übersichtlich gestaltet sein und den Nutzer mit möglichst wenigen Klicks zum Ziel zu führen.

BITMi Forderungen Digitale Verwaltung

1. Echte digitale Prozessveränderung, bspw. antragslose Verwaltung
2. „Once Only“ Prinzip bei der Datenabfrage der Bürger verpflichtend ab 2022
3. Open Data Gesetz mit verpflichtenden Schnittstellen
4. Citizen Centricity

5. Breitbandausbau

In ihrer Digitalstrategie NRW verlässt sich die Landesregierung vorrangig auf einen marktgetriebenen Ausbau der Netze und verweist auf die Verantwortung der Kommunen bei der Erschließung unterversorgter Gebiete.

Aus Sicht des BITMi ist es aber wichtig, dass das Land eine Führungsrolle übernimmt und eine Strategie zum Ausbau des Breitbands entwickelt und den Kommunen damit eine Orientierung bietet. Bisher wird ein Fokus auf die Erschließung von Gewerbegebieten und Schulen gelegt. Dies begrüßt der BITMi, doch das Vorgehen nach dieser ersten Priorität muss weiter konkretisiert werden. In einer Ausbaustrategie sollte die Landesregierung Vorschläge machen, in welcher Reihenfolge Gebiete erschlossen werden, sodass nicht jede Kommune dieselben Entscheidungsabwägungen durchführen muss und so wertvolle Zeit verliert. Dabei bleiben die Kommunen in ihrer finalen Entscheidung unabhängig und können regionale Gegebenheiten berücksichtigen, haben aber auch einen Leitfaden, an dem sie sich orientieren können.

Darüber hinaus spricht sich die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag für eine dynamische Weiterentwicklung der Aufgreifschwelle für Förderungen des Netzausbaus aus. In der Digitalstrategie NRW findet sich das Thema nicht wieder. Der BITMi fordert statt einer Erhöhung der Aufgreifschwelle die Abschaffung dieser Schwelle zu Gunsten der grundsätzlichen Förderung des Glasfaserausbaus als Ersatz der Kupfer-Infrastruktur und wünscht sich von der NRW Regierung eine dementsprechende Position gegenüber der Europäischen Union.

BITMi Forderungen Breitbandausbau

1. Entwicklung einer Ausbaustrategie zum Breitband
2. Abschaffung der Aufgreifschwelle

6. Datenrecht

Je mehr digitalisiert wird, desto mehr Daten entstehen. Diese Daten können genutzt werden, um Wissen zu generieren über Zustände von Maschinen, Gewohnheiten von Menschen und der Interaktion zwischen ihnen. Mit der wachsenden Macht, die durch die neuen Datenmengen entsteht, wächst auch die Wichtigkeit des Datenschutzes.

Ohne dessen Bedeutung zu schmälern, muss aber auch das Potenzial der Daten und ihrer Nutzung gesehen werden. Dazu brauchen wir ein Datenrecht, das es ermöglicht, auch die Chancen von Big Data wahrzunehmen. So sollte die NRW Regierung ihren Einfluss auf allen Ebenen nutzen und sich für rechtliche Regelungen einsetzen, die einen offenen Markt nicht-personenbezogener Daten ermöglichen. Damit wird der Weg frei gemacht für einen offenen Markt für datenbezogene Geschäftsmodelle. Die Datenschutz-Grundverordnung der EU ermöglicht bei entsprechender Interpretation aufgrund der enthaltenen Abgrenzung ausdrücklich die Schaffung eines chancenorientierten Datenrechtes für nicht personenbezogene Daten.

BITMi Forderungen Datenrecht

→ Forcieren rechtlicher Regelungen, die einen offenen Markt nicht-personenbezogener Daten ermöglichen

Aachen, den 24.09.2018